

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der CDU**

**Entschließung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/2861**

### **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

1. unter Federführung des Kultusministeriums und unter Beteiligung des Wirtschafts- und des Wissenschaftsministeriums sowie weiterer Akteure wie der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit ein Umsetzungskonzept für eine zukunftsfähigere Berufliche Orientierung an allen Schularten auszuarbeiten und dem Landtag vorzulegen;
2. dem Landtag im Vorfeld der Erstellung des Umsetzungskonzeptes einen Regierungsbericht und ein Handlungskonzept vorzulegen sowie in diesem Kontext zu prüfen, ob eine und ggf. welche Schulgesetzänderung erforderlich ist;
3. dabei einen besonderen Fokus auf die Bereiche zu legen, in denen der Bedarf an Fachkräftenachwuchs besonders groß ist;
4. bei der Erstellung des Konzepts in Abstimmung mit den weiteren Initiativen der Landesregierung wie beispielsweise der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“, der Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf oder der Zukunftsinitiative „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ vorzugehen;
5. das Konzept im Vorfeld mit allen wichtigen Akteuren abzustimmen, darunter Bildungs-, Handwerks- und Wirtschaftsverbände.

27.9.2022

Andreas Schwarz  
und Fraktion

Manuel Hagel  
und Fraktion

### Begründung

Die berufliche Ausbildung in Deutschland und Baden-Württemberg genießt international hohes Ansehen und wird als Vorbild betrachtet. Dennoch entscheiden sich immer weniger junge Menschen für eine Ausbildung.

Wir teilen daher das Ziel, den Schülerinnen und Schülern im Rahmen der Beruflichen Orientierung in allen Schularten sowohl die Vorteile des Studiums als auch der beruflichen Ausbildung klar und ergebnisoffen zu vermitteln. Es gilt, eine mit allen wichtigen Akteuren aus Bildung, Handwerk und Wirtschaft abgestimmte, inhaltlich-substantielle Folgekonzeption zum bestehenden Landeskonzept Berufliche Orientierung zu entwickeln. Dabei soll das gesamte Schulgesetz auf notwendige Anpassungen geprüft werden. Die Überprüfung soll die entsprechenden Passagen zu allen Schularten in den Blick nehmen, nicht nur die des Gymnasiums.